

Vossische Zeitung

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen / Gegründet 1704

Verlag Ullstein, Fernsprech-Zentrale Ullstein: Dönhoff (A 7) 8600-3665, Fernverkehr: Dönhoff 8606-3698. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus Berlin 10. Postcheck-Konto: Berlin 660. Monatlich 3,90 M (einschl. 70 Pf. Zustellkosten oder 1,24 M Postgebühren), bei Postbestellung außerdem 72 Pf. Bestellgeld

Berlin

Verantwortlich für den Gesamthalt (außer dem Handelsteil) Dr. Carl Misch, Berlin. Anzeigen-Preis: nun-Zeile 32 Mißproben. Familien-Anzeigen: nun-Zeile 20 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

10 Pf. [Auswert.] • Nr 393

MITTWOCH, 17. AUGUST 1932

MORGEN-AUSGABE

Kieler Attentate aufgeklärt

Nationalsozialistischer Reichstagsabgeordneter verhaftet

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung
HAMBURG, 16. AUGUST

Der Polizei scheint es gelungen zu sein, die Bombenanschläge in Schleswig-Holstein, so z. B. das Attentat auf die Kieler Synagoge völlig aufzuklären. Unter den Gefangenennommen befindet sich der auf der Seite der Nationalsozialisten in den Reichstags gewählt Angehörte Wobber, der Führer der d. S. S.-Stabsabteilung (Altona), in deren Bereich sich sämtliche gegen Handwerker-Anschläge ereignet haben. Mehrere von den Sprengstoff-Anschlägen der Kaufmann Dörlitz in Wroslow und des Wirtlich Dörlitz in Wroslow zu sein. In der Wohnung des Kaufmanns Dörlitz ist eine Reihe von Sprengplänen, bei Dörlitz man ebenfalls schwer beschaffbare Gegenstände gefunden worden. Diese beiden Personen sind jedoch nach Altona gebracht worden. Gefangenennahme wurde u. a. auch der Führung von Kreisratensausus in Wobber, Dr. Dörlitz. Seine Festnahme erfolgte erst, nachdem durch Vermittlung der Regierung in Schleswig für seine Betretung in seiner ursprünglichen Tätigkeit Vorbehalte getroffen war.

Wegen der Beschaffung des Abwehrmittels Wobber, die rechtlich gültig ist, da die Immunität erst nach dem Zusammentritt des

Reichstags eintritt, profitierte die Zeitung der holländischen S. S. D. M. P. mit der Drohung, die Maßnahmen könne „schlechte Folgen“ haben.

S. S. gegen polnische Bauern

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung
SCHNEIDEMÜHL, 16. AUGUST

In Glimmen in Preußen ist es, wie erst jetzt bekannt wird, in der Nacht von Sonntag zu Montag nach einem Fest der dortigen freiwilligen Feuerwehr zu Auseinandersetzungen zwischen Nationalsozialisten und einigen Polen, die in eine regelrechte Straßenkämpfe ausarteten. Als die S. S. Leute das Dorf verlassen wollten, wurden sie von dem Gehört eines polnischen Bauern mit Steinen beworfen. Die S. S. Lammeten sich darauf und führten das Geschäft. Sie brangen in das Haus ein und schlugen regelrecht alle Saugengendhände kurz und klein. Die Verwundeten verhaftete zehn S. S. Leute, die ins Schmelzwerk der Abwehrabteilung eingeliefert worden sind.

Die Ursache der Auseinandersetzungen ist noch ungeklärt.

Legale Arbeitsbeschaffung

VON
RUDOLF BEERENSSON

Es liegen unzweifelhaftige Regierungserklärungen vor, aus denen ersichtlich ist, daß man in allerletzter Zeit den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit erneut aufzunehmen beabsichtigt ist. In dem Ernst dieser Erklärungen liegt umso weniger zu zweifeln, als sie sich in der gleichen Richtung bewegen wie die Äußerungen des Reichspräsidenten von Hindenburg, wonach auch er in einer Einberung des Reichstags das A und O aller Regierungsmaßnahmen erblickt. Im Augenblick mag es noch so scheinen, als ob es bei dem innerpolitischen Kampf um das „System“ im weitesten Sinne geht; in Wahrheit aber liegt der Schlüssel zu dauerhafter Wohlstand allein in der Arbeitsbeschaffung. Obwohl es in Deutschland keine Partei gibt, die nicht das soziale Wohl auf ihre Fahnen geschrieben hätte, liegt es doch leider nicht verborgen, daß die Mittel zu dem einen Ziel, in dem sich alle einig sind, in dem Strudel des Parteistreitens hineingezogen wurden.

Dabei spricht es nicht gegen, sondern vielmehr für den Reichspräsidenten Dr. Luther, wenn der Verstoß der Regierung in der Frage der Arbeitsbeschaffung von der Öffentlichkeit zu einer Partei-Urteil umgemünzt wird. Denn in dieser — bei der gegenwärtigen Konstellation übrigens, was wohl zurechtfinden können, völlig irrigen — Einstellung liegt das A und O, das man dem Reichspräsidenten als alle andere eher zuzutrauen, als ein Abweichen von dem scharfen Maß der Wahrungsfähigkeit. Die Ungezügelmäßigkeit der öffentlichen Meinung richtet sich in solchen Fällen vielmehr gegen die Absichten der Regierung; denn wenn man diese Pläne mit Dr. Luther an der Spitze der Reichsamt nicht für realisierbar hält, so unterteilt man dem — eben für Unrecht! —, daß sie gegen die ephemer Geheiß laudender Notwendigkeit verstoßen.

Was man gegen die Führung der Reichsamt bis zum Ausbruch der Arbeitslosigkeit im Sommer 1931 einwenden kann, man will, auch der fähigste Arbeiter nicht arbeiten können, daß sich das Reichsamt-Direktorium nicht bei den Realitäten aller berechtigten Kreditwürdigkeiten gegenüber zügig eingeleitet hat. Ebenso aber muß man dem Kabinett Papen kongedieren, daß es bisher noch in keiner Weise auch nur den Wunsch zu erkennen gegeben hat, von der „legalen“ Währungsabteilung der ehemaligen Regierung und der Reichsamt ab zu weichen. Zur Zeit bildet lediglich das alte 200-Milliarden-Reichsamt-Projekt den Gegenstand der Streitigkeiten. Aber die Erweiterungen des Kabinetts und Reichsamt sind nicht abgeschlossen sind, so liegt das lediglich an technischen Einzelheiten, über die man sich abstimmen einleiten muß. Milliarden-Projekte stehen nicht zur offiziellen Diskussion. Selbstverständlich hat der Hindenburg-Brief an die Regierung wiederum zahlreiche private Organisationen dazu veranlaßt, ihre schon oft erweiterten Wünsche und Pläne in der Weltöffentlichkeit vorzutragen, wo sie öffentlich von den Parteien eingehend geprüft werden. Aber das Kabinett hat sich mit ihnen noch nicht beschäftigt.

In Wirklichkeit aber ist es hohe Zeit, daß man das Problem richtig ansieht. Wenn so falsch nämlich wie eine Gefährdung der Währung wäre es, nicht alle Möglichkeiten zu erschöpfen, die sich zur Einberung der Reichsamt bieten. Bis hierher hat man die Schwierigkeiten viel zu einseitig auf finanziellen Gebiet gesucht, und sich bei der Diskussion über das Thema auf beiden Seiten völlig verrannt: die einen in der Auffassung doktrinaire Forderungen, die anderen in der Ablehnung mit doktrinaire Gegenargumenten. Wenn man, wie wir, der Meinung ist, daß die Arbeitsbeschaffung das einzige Mittel ist, um die Arbeitslosigkeit zu beseitigen, so bedeutet das noch lange nicht, daß man dem „Kampfkredit“, den das Reich legalerweise bei der Reichsamt und bei anderen Stellen in Anspruch nehmen darf, alle Kräfte entgegen stellt.

Nur auf zwei Dinge kommt es an: das deutsche Preisniveau darf nicht ohne gleichzeitige entsprechende Bewegung der Auslandspreise steigen, und die Arbeitsbeschaffung in Deutschland darf auch bei gleichbleibenden Inlandspreisen nicht zu einer Erhöhung des Einfuhrbedarfes (etwa an Lebensmitteln, Textilien oder Luxuswaren) ohne gleichzeitige Erhöhung der deutschen Ausfuhr führen. Bei der deutschen Armut an Gold und Devisen müßte sich außerdem eine nicht alle Möglichkeiten zu erschöpfen. Die Einbindung dieser Grenzen ist aber von währungsrechtlichen Standpunkt aus gesehen nicht nur die unbedingt notwendige, sondern gleichzeitig die hinreichende Voraussetzung

Das Braune Haus streitet ab

Die Pressesache der Reichsamtung der S. S. D. M. P. teilt mit: „Die Behauptung, Adolf Hitler habe ein Verbrechen begangen, die Regierung von Papen nach den Wahlen zu verlassen, und nun dieses Verbrechen nicht gehalten, ist unwahr. Ebenso unwahr ist die bereits wiederholt zurückgewiesene Behauptung, der Führer der S. S. D. M. P. habe bei den Regierungsverhandlungen in Berlin nicht nur die Führung der Reichsamtung, sondern die Übergabe der gesamten Regierungsgewalt in vollem Umfang gefordert.“

*

Die Reichsamtung wird voraussichtlich heute zu dem nationalsozialistischen Ablehnungswort Stellung nehmen; es ist wohl nicht daran zu zweifeln, daß sie ihre Darstellungen in vollem Umfang aufreht erhält.

Von der Art, wie die Nationalsozialisten die ständige Opposition zu führen gedenken, so der der Reichspräsident am Sonntag Hitler aufgefordert hat, gibt ein geradezu hysterischer Ausfall der geführten Nummer des „Angriff“ gegen die Arbeitsbeschaffungspläne der Reichsamtung Kenntnis.

Darin, daß man die Reichsamt, wie es selbstverständlich und unabweislich ist, zur Finanzierung des Programms heranzuziehen will und nicht auf das vom Braunen Haus empfundene „Heberfeld“ zurückgreift, steht der „Angriff“ eine Auslieferung an das Bankkapital, die auf eine „weitere Verflüchtigung“ des deutschen Volkes hinausläuft. Die Absicht, die Nationalsozialisten an der Verantwortung für dieses Projekt teilnehmen zu lassen, wird als ein „wahrhaft teuflischer Plan“ bezeichnet. Die nationalsozialistische Führung ist aber nicht so dumme, auf diese „teuflischen Beredungen“ einzugehen. Das ist die Gefahr, in der über den Versuch des Reichspräsidenten gesprochen wird, Hitler und seine Leute der Stärke entsprechend, die sie bei den Reichstagswahlen erreichten, an der Macht zu beteiligen.

Die Maßlosigkeit, mit der der „Angriff“ in seiner Montag-Nummer gegen Dr. Eugenbergs zu Felde zog, hat sogar die sonst gegen ihre Freunde von rechts so nachsichtigen Reichsamtungen in der Stille geübt. Eine parteiunabhängige Erklärung spricht von einer „Explosion parteipolitischen Hasses, die eine nationale Schande ist“. Die beiden Flügel der „nationalen“ Opposition haben sich also weiter auseinander manövriert als je zuvor.

Hitler-Aktien stark gesunken

Stimmungschwung in Paris

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung
PARIS, 16. AUGUST

Der schwere taktische Mißerfolg, den Hitler bei den Verhandlungen um die Regierungsbildung erlitten hat, beginnt sich jetzt auch in Frankreich auszuwirken. Während man bis dahin Hitler für den „Brotgibler hinter den Kulissen“ der Reichsamtung und ganz sicher für den „kommenden Mann“ hielt, sind über Nacht die Hitzekritiken in der öffentlichen Meinung Frankreichs stark gesunken. Man neigt jetzt schon nach der anderen Seite zu Überreibungen, sieht Hitler bei seinen eigenen Anhänger für schwer kompromittiert an und sagt bereits eine Spaltung der nationalsozialistischen Partei voraus, indem der linke sozialistisch eingestellte Parteiflügel sich selbständig machen würde.

Selbstverständlich hat das Prestige, das Hitler durch seine Wahlerfolge und seine wachsende Bedeutung in der Weltöffentlichkeit in den letzten Monaten auch im Ausland, und namentlich bei den französischen Nationalisten erlangt hatte, einen empfindlichen Stoß bekommen. So urteilt heute das „Journal des Debats“: „Hitler ist ein Kavalier in öffentlichen Angelegenheiten, aber er wird niemals ein Staatsmann sein. Er ist eine Fiktion, deren braunen Stoff

man im Winde der Freiheitsverfehlungen bestreift, aber sonst auch nicht.“

Die Pariser Wähler überließen sich in Vergleichen zwischen Mussolini und Hitler, die für Hitler nicht gerade schmeichelt ausfallen. Was aber politisch wichtiger ist: die Reichsamtung, die in der Bekundung des Auslandes mehr und mehr in den Schatten gerät, war außerhalb der Reichsgrenzen eine härtere Position gewonnen.

Neues Revirement in Rom?

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

PARIS, 16. AUGUST

Die sehr gut orientierte römische Berichterstattung des „Tempo“ meldet, steht in Italien schon wieder eine neue Umbildung des Kabinetts bevor. Auch diesmal lei eine „Veränderung“ der Regierung beabsichtigt und daneben eine Reorganisation des Wirtschaftsministeriums der Korporationen. Außerdem werden ein neuer Außenminister, ein neues Finanzministerium und das Unterrichtsministerium zu einer einheitlichen Ministerium der Sondererziehung zusammengefaßt.